

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sebastian Münzenmaier, Mike Moncsek,
Klaus Stöber, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/3697 –

Kinder- und Jugendreisen besser aufstellen – Jugendmobilität neu starten

A. Problem

Die Antragsteller fordern eine Neuaufstellung des Kinder- und Jugendtourismus nach langer „Zwangvereinzelung“ in der Corona-Krise. Die Bedeutung des Kinder- und Jugendtourismus müsse als wichtiger Faktor der Persönlichkeitsentwicklung und Wertevermittlung von Kindern- und Jugendlichen begriffen werden.

Abhängig von der sozialen Bedürftigkeit müsse es einen Anspruch auf vollständige oder teilweise Kostenübernahme für Kinder- und Jugendreisen geben, den die Jugendhilfe in § 90 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch bislang noch nicht vorsehe, da die Leistungsgewährung aktuell von einer Ermessensentscheidung abhängt. Darüber hinaus müsse der Schutz und die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen auf solchen Reisen als „oberstes Gebot“ begriffen werden.

Mit „effektiven Marketinganstrengungen“ solle die Deutsche Zentrale für Tourismus die Angebote der Kinder- und Jugendreisen bewerben.

Der Antrag wird damit begründet, dass gerade die jüngere Generation besonders unter den Freiheitseinschränkungen während der Corona-Krise gelitten habe. Eine im Antrag genannte Studie belege, dass sich 71 Prozent der 11- bis 17-Jährigen durch die Corona-Krise seelisch belastet fühlten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3697 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Der Ausschuss für Tourismus

Jana Schimke
Vorsitzende

Gülistan Yüksel
Berichterstatterin

Heike Brehmer
Berichterstatterin

Karoline Otte
Berichterstatterin

Nico Tippelt
Berichterstatter

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatter

Thomas Lutze
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gülistan Yüksel, Heike Brehmer, Karoline Otte, Nico Tippelt, Sebastian Münzenmaier und Thomas Lutze

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3697** in seiner 57. Sitzung am 29. September 2022 zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern die Neuaufstellung von Kinder- und Jugendreisen, vor allem nach der Beeinträchtigung durch die Corona-Krise. Kinder- und Jugendreisen seien von großer Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung und die Wertevermittlung der jungen Generation. Durch die Neuaufstellung solle allen Kindern und Jugendlichen eine Teilhabe an Kinder- und Jugendreisen ermöglicht werden. Insbesondere solle für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen ein nach der Bedürftigkeit gestaffelter Anspruch auf anteiligen oder vollständigen Erlass der Teilnahmebeiträge bei Kinder- und Jugendreisen geschaffen werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 37. Sitzung am 30. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 26. Sitzung am 30. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 30. Sitzung am 30. November 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/3697 in seiner 26. Sitzung am 14. Dezember 2022 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** bezog sich einleitend auf die öffentliche Anhörung „Kinder – und Jugendreisen“, die in der letzten Sitzungswoche am 30. November 2022 stattgefunden habe. Die Sachverständigen hätten die zum Teil bekannten Probleme deutlich angesprochen. Gerade nach Corona habe sich die Situation bei den Kinder- und Jugendreisen nochmals verschärft. Die Fraktion der AfD habe in ihrem Antrag die wichtigsten – auch von Fachleuten vertretenen Forderungen – zusammengestellt, sodass Kinder- und Jugendreisen in Zukunft besser aufgestellt werden könnten. Viele Kinder und Jugendliche würden durch Kinder- und Jugendreisen „das Reisen“ erlernen. Das präge und sie könnten früh an den Tourismus herangeführt werden.

Es gebe viele Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich individuelles Reisen oder die Teilnahme der jungen Menschen an speziellen Jugendangeboten nicht leisten könnten. Der Staat sei daher gefragt, Rahmenbedingungen

zu setzen. Daher fordere der Antrag die Festschreibung eines Anspruches auf mindestens anteilige Kostenübernahme, zielgruppengerechte Veröffentlichung der Fördermöglichkeiten, aber auch die Einführung gesetzlicher Mindeststandards für die Qualifikation des Betreuungspersonals. Darüber hinaus werde die Einbindung der Deutschen Zentrale für Tourismus gefordert, da diese Zuwendungsempfänger des Bundes sei. Sie könne mit effektiven Marketinganstrengungen Kinder- und Jugendreisen aus dem Ausland nach Deutschland fördern.

Die **Fraktion der SPD** nahm ebenfalls Bezug auf die Anhörung und betonte, dass die Sachverständigen ein positives Feedback im Hinblick auf das Bildungs- und Teilhabepaket gegeben hätten. „Aufholen nach Corona“ habe vielen jungen Menschen nach Corona das Reisen ermöglicht. Darüber hinaus gebe es im nächsten Jahr das Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“. Damit würden Projekte von Kindern und Jugendlichen in diesen Themenfeldern gefördert werden. Lokale Organisationen und Kommunen erhielten durch das Bundesprogramm Impulse, mehr Angebote für Kinder- und Jugendbeteiligung zu schaffen. Es stünden für das Jahr 2023 insgesamt rund 55 Millionen Euro zur Verfügung. Ferner würden über den Kinder- und Jugendplan und an die Jugendwerke Mittel bereitgestellt. Junge Menschen könnten damit Reiseerfahrung machen. Im Hinblick auf Klassenfahrten seien auch die Länder in die Pflicht genommen. Sie müssten auch ihrer Aufgabe gerecht werden.

Kinder- und Jugendreisen sollten die Werte „Demokratie und Toleranz“ fördern. Dieses Ziel fehle in dem Antrag. Ferner sei die Fraktion der SPD der Auffassung, dass die Verbände und Anbieter von Kinder- und Jugendreisen selbst für Schutz und Sicherheit bei der Betreuung sorgen würden. Die Jugendleiter*in-Card (Juleica) sei der bundesweit einheitliche Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit. Sie diene zur Legitimation und als Qualifikationsnachweis. In dem Zusammenhang werde auch die Heraufsetzung des Mindestalters der Betreuerinnen und Betreuer auf 18 Jahre abgelehnt, denn ein Misstrauen gegenüber diesen Personen sei falsch. Vielmehr solle gemeinsam das Ehrenamt gestärkt werden. Der Antrag werde abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte ebenfalls den hohen Stellenwert, den sie Kinder- und Jugendreisen beimesse. In der letzten Legislaturperiode habe die Koalition das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ aufgelegt, welches die Ampelkoalition für die betroffenen Kinder und Jugendlichen leider auslaufen lasse.

Der Antrag der Fraktion der AfD fordere – je nach Bedürftigkeit – einen Anspruch auf vollständige oder teilweise Kostenübernahme für Kinder- und Jugendreisen. Darüber hinaus würden Marketing-Maßnahmen durch die Deutsche Zentrale für Tourismus für Kinder- und Jugendreisen nach Deutschland gefordert. Die Deutsche Zentrale für Tourismus bewerbe bereits im Ausland auf Englisch entsprechende Reisen. Im Inland dürfe eine solche Bewerbung nicht stattfinden, da sie ausschließlich für die Vermarktung deutscher Angebote im Ausland zuständig sei. Die Fraktion der CDU/CSU lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass sie den vorangehenden Ausführungen wenig hinzuzufügen habe. Der Antrag benenne durchaus wichtige Punkte, die auch Teil der Anhörung gewesen seien. Allerdings könne die Forderung, das Alter der Betreuungspersonen auf 18 Jahre anzuheben, nicht nachvollzogen werden. Dies widerspreche den Erfahrungen, die mit jüngeren Betreuungspersonen vorlägen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle die Stärkung der Kinder- und Jugendreisen weiter voranbringen. Dass dies mit diesem Antrag gelingen könne, werde nicht gesehen. Der Antrag werde deshalb abgelehnt.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass auch für ihre Fraktion Kinder- und Jugendreisen ein wichtiges Segment im Tourismus seien. Kritisiert werde vor allem, wie es auch den vorhergehenden Ausführungen zu entnehmen gewesen sei, die Anhebung des Mindestalters bei den Betreuungspersonen auf 18 Jahre. Gerade das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen sei das Rückgrat vieler Vereine und Verbände. Durch die Forderung nach zusätzlichen Anforderungen und Kontrollen schwinde ihrer Auffassung nach ein gewisses Misstrauen gegenüber den Veranstaltern mit, Schutz und Sicherheit der Kinder nicht ernst genug zu nehmen.

Die **Fraktion DIE LINKE** verzichtete auf einen Redebeitrag.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Gülistan Yüksel
Berichterstatlerin

Heike Brehmer
Berichterstatlerin

Karoline Otte
Berichterstatlerin

Nico Tippelt
Berichterstatler

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatler

Thomas Lutze
Berichterstatler

